

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 61 (1969)
Heft: 4

Artikel: Das Negerproblem in den amerikanischen Gewerkschaften
Autor: Schweisheimer, W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354383>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Negerproblem in den amerikanischen Gewerkschaften

Das Rassenproblem, das zurzeit in der amerikanischen Gesellschaftsordnung eine so aufsehenerregende Rolle spielt, findet auch innerhalb der Union, der Gewerkschaften, seinen Ausdruck.

Das kam deutlich zum Vorschein auf der jüngsten Tagung der «United Steel Workers» (USW), der Gewerkschaft der Stahl- und Metallarbeiter, in Chicago. Seit dem Jahr 1964 besteht eine spezielle Negergruppe im Rahmen der USW, ein Komitee, das den Namen «National Ad Hoc Committee» führt. Der geschäftsführende Ausschuss der USW besteht aus 28 Mitgliedern – drei leitende Direktoren und 25 Distrikt-Direktoren. Alle diese 28 Mitglieder sind weiss. Neger machen etwa 20 Prozent der USW-Mitglieder aus.

Forderungen der Negergruppe

Diese Negergruppe hatte den Antrag gestellt, anstelle des bisherigen einzigen Vizepräsidenten zwei Vizepräsidenten aufzustellen, «und einer davon soll ein Neger sein.» Der Antrag wurde zur Abstimmung vor das Gremium der Versammlung vom Verfassungs-Komitee der Union gebracht. Dieses Komitee hatte bereits die Forderung abschlägig beschieden, und die Versammlung nahm den negativen Bescheid des Komitees mit überwältigender Mehrheit an.

Niemand wird der Ansicht sein, dass die Frage damit erledigt ist. Das National Ad Hoc Committee liess denn auch täglich während der Dauer der Tagung «Pickets» auf der Strasse vor der Tagungshalle marschieren, die schriftlich ihre Forderungen kundgaben. Es hielt tägliche Pressekonferenzen ab, in denen sie ihren Unmut zum Ausdruck brachten. Sie verlangten, dass zwei Neger in den geschäftsführenden Ausschuss gebracht werden, und sie stellten die Bildung einer Gegenorganisation gegen die jetzige Verwaltung der USW in Aussicht.

Diese letztere Frage ist von praktischer Bedeutung, weil im kommenden Jahr *Neuwahlen* der SW-Verwaltung stattfinden werden und weil bei einem Teil der Gewerkschaftsmitglieder an sich eine Strömung gegen den jetzigen Präsidenten der USW, Mr. *I. W. Abel*, besteht. Weiter zur Wahl stehen der Posten des Vizepräsidenten der Union, *Joseph P. Malony*, und der Sekretär-Schatzmeister, *Walter J. Burke*.

Die Abel-Verwaltung wandte sich gegen die Forderung der Negergruppe für einen Neger-Vizepräsidenten, weil sie ein solches Vorgehen als «Diskriminierung in umgekehrter Richtung» bezeichnete. «Ich wurde als Präsident dieser Union nicht gewählt, weil ich ein *Welchmann* bin», so erklärte Mr. Abel, «sondern weil ich ein *Stahlarbeiter* bin.» Er und andere Sprecher der Unionverwaltung würden durchaus keinen Widerspruch erheben, wenn ein Neger in eine führende Ver-

waltungsstelle gewählt würde. Aber sie wollen nichts davon wissen, dass ein Neger lediglich deshalb zum Vizepräsidenten ernannt wird, um dem Negeranteil der Union einen gleichrassigen Vertreter zu verschaffen.

Ein Negerdelegierter, *Carl Dickerson*, erklärte demgegenüber: «Selbst wenn ein Neger sämtliche Stimmen der 20 Prozent der Unionmitglieder, die Neger sind, auf sich vereinigen könnte, so wäre es doch so gut wie unmöglich, einen Negerdirektor zu wählen.»

Schwarz gegen Weiss – mit einer Ausnahme

Die Diskussion über dieses Problem unter den 3300 Delegierten, die auf der Tagung erschienen waren, spielte sich im wesentlichen so ab, dass Neger die eine Seite der Frage behandelten und weisse Sprecher gegenteilige Argumente anführten.

Eine Ausnahme bildete der Neger-Repräsentant *Jimmy Jones* aus Philadelphia. Er ist einer der beiden Neger, die an der «National Advisory Commission on Civil Disorders» beratend tätig waren, die von Präsident Johnson eingesetzt wurde.

Mr. Jones war mit dem Vorschlag des National Ad Hoc Committees, einen Neger als Vizepräsidenten zu ernennen oder einzusetzen, nicht einverstanden. Er war dafür, dass nur durch freie *Wahl* der Mitglieder der Union ein Direktor oder Vizepräsident sein Amt bekommen solle. «Wenn ein Neger durch Ernennung oder sonst ein Arrangement in den geschäftsführenden Ausschuss der Union kommen sollte», so führte er aus, «so würde er sofort als ‚Onkel Tom‘ angegriffen werden». Es ist das ein Hinweis auf den berühmten Roman «Onkels Toms Hütte» der amerikanischen Schriftstellerin Harriet Beecher-Stowe, der 1852 erschien und das Leben der damaligen Neger in den USA schilderte. Die heutige Negerbewegung betrachtet das Verhalten von Onkel Tom, der Hauptgestalt jenes Romans, als zu servil gegen weisse Personen und bezeichnet Neger, die in leicht unterwürfiger Weise mit Weissen zusammenarbeiten wollen, als «Onkel Toms».

Mr. Jones fuhr fort: «Etwas anderes ist es, wenn ein Neger von den Union-Mitgliedern gewählt wird. Dann ist er tatsächlich ein vollwertiger Vertreter. Sagt mir nicht, dass keine Möglichkeit besteht, dass ein Neger gewählt wird. Natürlich muss man Mut genug haben, um sich aufstellen zu lassen und offen seine Meinung zu vertreten.»

Ein Neger, dessen Ziel es ist, als Distrikt-Direktor der USW gewählt zu werden, sagte Mr. Jones, sollte den Mut haben, den Wahlkampf mit dem bereits vorhandenen Distriktdirektor aufzunehmen, wenn eine Neuwahl stattfindet – gleichgültig wer und wie dieser Distriktdirektor ist. «Und wenn dieser Neger gewählt ist, dann ist er ein vollwertiger Mann, sein eigener Mann. Aber er wird kein vollwertiger Mann, kein echter Repräsentant sein, wenn er einfach ernannt wird.»

Das übliche Wahlsystem soll benützt werden

Einer der Neger-Delegierten legte Wert auf die Feststellung, dass die Neger-Mitglieder der USW bisher ohne richtigen Repräsentanten waren. «Ihr müsst das verstehen. Wenn Ihr es nicht versteht, so versteht ihr auch nicht den Geist unserer Zeit.»

Der Vizepräsident, Mr. Malony, antwortete darauf: er sei der letzte, der nicht zugeben würde, dass in der USW-Union praktisch Farb-Diskriminierung bestehe. Aber wo das der Fall sei, widerspreche es den Grundsätzen der Union.

Was die Frage der Aufstellung eines Neger-Vizepräsidenten betraf, sagte Mr. Malony: «Ich verstehe Euren Wunsch nicht nur, sondern ich sympathisiere mit ihm. Aber ich bitte Euch dringend, dem üblichen demokratischen Verfahren zu folgen und auf dem Weg der Wahl durch alle Mitglieder die neuen Leiter der Union zu finden. Wir haben das seit Gründung unserer Union so gehalten und sind dabei gut gefahren.»

Und Mr. Abel erinnerte die Tagung daran, dass sich nicht ein einziger Delegierter in der Versammlungshalle befände, der ernannt worden sei. Sie alle seien durch Wahl zu ihrem Amt gekommen.

Es wurde von Mr. Malony auch darauf hingewiesen, dass in verschiedenen Distrikten Neger «grosse Aussicht» haben, gewählt zu werden, wenn sie sich als Kandidaten aufstellen lassen. Die Union-Leitung würde es z.B. unterstützen, wenn ein Neger als Distriktdirektor für Baltimore gewählt werden sollte; dieser Distrikt hat eine grosse Anzahl von Negern als Union-Mitglieder, und der dortige Distriktdirektor legt sein Amt nieder, weil er in Pension geht.

Die Negermitglieder der Tagung waren mit der Ablehnung ihres Antrags nicht einverstanden. Sie sprechen von der Entwicklung einer «explosiven» Situation. Es ist jedoch kaum anzunehmen, dass vor den Neuwahlen in der Union eine solche «Explosion» eintreten wird.

Dr. W. Schweisheimer, New York